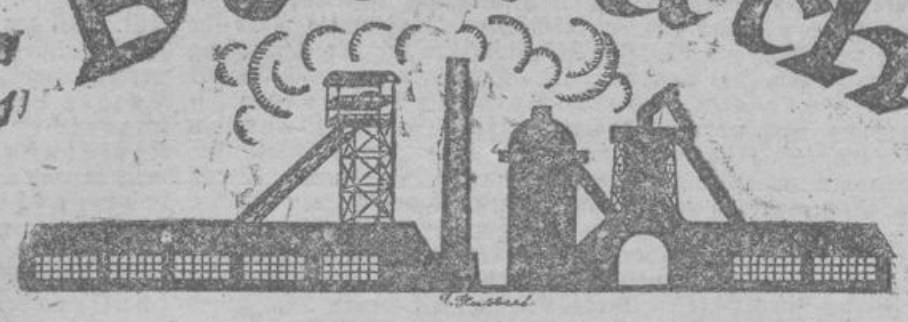
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beliefert bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 8. Mai 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30. bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	19. Folge

Zustrom aus der Demokratischen Partei zur Deutschen Volkspartei.

Eine Anzahl führender demokratischer Persönlichkeiten der Reichshauptstadt hat ihren Austritt aus der Demokratischen Volkspartei und den Uebertritt zur Deutschen Volkspartei vollzogen. In Verbindung damit steht folgender Briefwechsel:

„An den Vorstand der Deutschen Volkspartei!

Im Auftrage einer liberalen Gruppe der Deutschen Demokratischn Partei beehren wir uns mit der Bitte um Rückäußerung folgendes zu übermitteln:

Wir fühlen uns in unserem Gewissen verpflichtet, aus der Demokratischen Partei auszuscheiden. Die Erwartung, daß die Partei sich als Bahnbrecherin einer stetig freiheitlichen Entwickelung, als Schutzwall der Ordnung und Staatsautorität erweisen werde, hat sich nicht erfüllt. Die Haltung der parlamentarischen Vertretung der Partei bei bedeutenden Gesetzesvorlagen hat in weiten Parteikreisen Unmut und Mißstimmung hervorgerufen. Die Partei hat Klarheit in den Zielen, Festigkeit in der Haltung und Entschiedenheit in der Wahrung von Lebensinteressen des erwerbstätigen Bürgertums nur zu oft vermissen lassen. Die Zustimmung der Partei zur Ausrufung des Generalstreiks hat die schwersten grundsätzlichen Bedenken geweckt. Die Anwendung des Generalstreiks im politischen Kampf führt letzten Endes zur Vernichtung des Staates und kulturellen Lebens. Nachdem der Parteiausschuß einstimmig die allgemeine Arbeitseinstellung gebilligt hat, sehen wir uns zum Austritt aus der Demokratischen Partei genötigt.

Wir erwägen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Im Wahlaufruf bezeichnet sich die Deutsche Volkspartei als liberale Bürger- und Arbeiterpartei, die die Versöhnung der Stände, den Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens und die Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte erstrebt. Diesen Zielen wollen auch wir dienen.

Wir wollen den Wiederaufbau auf dem Boden der in Weimar geschlossenen Verfassung und setzen voraus, daß die Deutsche Volkspartei bereit ist, jeglichen Versuch, die Verfassung gewaltsam zu ändern, mit Entschlossenheit abzuwehren.

Wir wollen den Schutz der politischen Freiheit und die Verwirklichung der liberalen Grundsätze im Staatsleben. Wir sind der Ueberzeugung, daß nur eine zielklare, weitsichtige liberale Politik, die den Forderungen der Zeit gerecht wird, einen erfolgreichen Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens sichern kann. Wir sehen dabei als selbstverständlich an, daß eine liberale Partei auch für die Gleichberechtigung der Konfessionen tatkräftig einzutreten gewillt ist. Wir haben den Wunsch, daß auch in dem Namen der Partei das Bekenntnis zum liberalen Staatsgedanken zum Ausdruck kommt.

Wir fordern die entschlossene Verteidigung der Wirtschaftsfreiheit. Für uns ist die Erhaltung und Stärkung der Eigenwirtschaft unerläßliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Erneuerung.

Wir wollen die nachdrückliche Abwehr der schweren Schäden, die im Gefolge der Revolution durch verfehlte Experimente aller Art, durch überhastete und dilettantische Gesetzesmacherei, durch fortgesetzte Nachgiebigkeit gegen Unverständige, die Grundlagen des Wirtschaftslebens erschütternde Forderungen, durch Schwächung des Arbeitswillens und durch Lähmung der Unternehmungslust heraufbeschworen sind. Wir wollen eine gesunde, warmherzige Sozialpolitik zum Besten unserer arbeitenden Volksgenossen, aber zugleich die entschiedene Bekämpfung des falschen und unausführbaren marxistisch-sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Wir wissen, daß die Mitwirkung der Arbeiter beim Wiederaufbau unentbehrlich ist; aber die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit im kommenden Reichstage, das Streben nach Errichtung einer einseitiger Partei- und Klassenherrschaft der Arbeiter zwingen den Liberalismus zum Abwehrkampf gegen die Sozialdemokratie.

Wir halten ein freudiges Bekenntnis zum nationalen Gedanken für geboten. Ohne ein starkes, alle Volksschichten durchdringendes Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit ist eine Selbstregierung des Volkes nicht durchführbar. Die Erhaltung der Reichseinheit ist uns oberstes Gebot. Unter Abweisung chauvinistischer und nationalistischer Tendenzen wollen wir mitarbeiten an der nationalen Wiederaufrichtung unseres Volkes.

Was jetzt not tut, ist die Schaffung einer großen, von freiheitlichen Ideen beseelten, von starkem nationalem Empfinden durchglühten liberalen Partei, die alle auf den Boden der Verfassung stehenden zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereiten Volkskräfte zusammenfaßt zu rastlos opferfreudiger Arbeit. Abhold unfruchtbarem Parteigezänk, im Geiste sozialer Versöhnung, aber zugleich erfüllt mit dem unerschütterlichen Willen, die Rechte und Lebensmöglichkeiten des deutschen Bürgertums in Stadt und Land zu schützen und die Wohlfahrt der Volksgesamtheit zu fördern.

E. Hallensleben, Justizrat, Stadtverordneter. Dr. O. Mugdan, Geh. Sanitätsrat. Dr. Tropfke, Direktor, Stadtverordneter. Dr. O. Wiemer, Stadtrat."

Auf diesen Brief ging von der Deutschen Volkspartei

folgende Antwort

ein:

„Auf das an uns gerichtete Schreiben der hiesigen liberalen Gruppe der Demokratischen Partei beehren wir uns, namens der Deutschen Volkspartei folgendes zu erwidern:

Wir fühlen uns mit den Unterzeichnern einig in der Auffassung, daß die organische Fortentwicklung unserer politischen Verhältnisse nur auf verfassungsmäßigem Boden erfolgen kann. Wir bekennen uns zu dieser organischen Entwicklung und verurteilen jeden Versuch, gewaltsam die verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland zu ändern.

Wir betrachten uns, wie wir in unserem Aufruf zu den Reichstagswahlen zum Ausdruck gebracht haben, als eine liberale Bürger- und Arbeiterpartei und fühlen uns als Träger liberaler Grundsätze in politischer und kultureller Beziehung. Infolgedessen ist auch die Gleichberechtigung für uns eine selbstverständliche Forderung, für die wir jederzeit tatkräftig eintreten werden.

Im Einverständnis mit dem Zentralvorstand der Partei führen schon gegenwärtig süddeutsche Landesoganisationen den Namen „Deutsche liberale Volkspartei". Den Wunsch der Unterzeichner, daß wir auch in dem Namen der Partei das Bekenntnis zum liberalen Staatsgedanken zum Ausdruck bringen möchten, vermögen wir gegenwärtig nicht zu erfüllen, weil die fortgesetzten Vorbereitungen zu den Wahlen es nicht zulassen, und nur ein Parteitag in der Lage wäre, eine Aenderung des Namens der Partei vorzunehmen. Wir müssen deshalb die Freunde, die aus dem dortigen Lager zu uns kommen, bitten, diesen Wunsch im Rahmen der Partei an dem nächsten Parteitag zum Ausdruck zu bringen.

Die Erhaltung und Stärkung der versöhnlichen Initiative im Wirtschaftsleben ist auch für uns eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Auch wir halten dafür, daß eine weitgehende und warmherzige soziale Politik die Versöhnung aller Kreise anstreben muß, daß wir aber von einer marxistisch-sozialen Wirtschaftsauffassung nicht eine Förderung, sondern einen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens erwarten müßten. Wir sind bereit, mit

einer die Staatsnotwendigkeit und die organische und politische Entwicklung anerkennenden Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Um dem Bürgertum aber die führende Stellung oder zum mindesten die volle Gleichberechtigung in einem solchen Zusammenwirken zu erkämpfen, halten wir es für notwendig, den Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Wirtschaftsauffassung mit voller Energie zu führen. Die Verbindung freiheitlicher und nationaler Gedanken sichert uns nach unserer Auffassung allein eine gute deutsche Zukunft. Wie in wiederholten Ausführungen auf unserer letzten Tagung betont wurde, sehen auch wir die Aufgabe der Gegenwart darin, eine große bürgerliche Partei zu begründen, die freiheitliche Auffassung nach innen mit der Bekundung nationaler Würde nach außen vereint, jede Gewalt von rechts ebenso bekämpft wie jeden Umsturz von links und auf dem Boden der Verfassung alle schaffenden Kräfte in unserem Vaterlande zu aufbauender Arbeit zusammenfaßt.

Wir glauben, daß dieser Gedanke durch nichts mehr gefördert werden kann, als wenn alle, die sich zu diesen Anschauungen bekennen, sich zu gemeinsamer Arbeit die Hand reichen. Die völlige Uebereinstimmung unserer Grundsätze ermöglicht und fördert unser Zusammenwirken, das einen wichtigen Markstein zu dieser Einigung bilden würde.

Berlin, 27. April 1920.

Dr. Stresemann, Dr. Heinze.

Im Anschluß daran erfolgte nachstehende

Erklärung:

Nach Kenntnisnahme von dieser Erklärung sind aus der Demokratischen Partei unter anderem ausgeschieden und der Deutschen Volkspartei beigetreten: Pfarrer Augar, Fabrikbesitzer J. Bauer, Marinebaurat Berghoff, Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Brandenburg, Stadtverordneter Fabrikant Dönges, Bankdirektor Dr. Gelpke, Kaufmann L. Gutfeld, Kaufmann Gramsch, Justizrat Hallensleben, Stadtverordneter, Rentner F. Heinze, Kaufmann Jahn, Baurat Körthe, Fabrikbesitzer E. Lüdewitz, Reichsbank-Ober-Kalkulator Ladendorff, Stadtverordneter, Obermeister Menzel, Paul Michele, Ehrenbürger von Berlin, Geh. Sanitätsrat Dr. Mugdan, Fabrikbesitzer Schwan, Fabrikbesitzer Stärke, Oberrealschuldirektor Professor Dr. Tropfke, Stadtverordneter, Pfarrer Vehse, Professor Dr. Wechselmann, Stadtrat Dr. Wiemer, Hauptmann R. Hackbusch, Fabrikbesitzer C. Albrecht, Apothekenbesitzer Bloch, Brunnenbaumeister Bitterhof, Fabrikbesitzer C. Thieme.

*

Wie wir erfahren, beabsichtigen auch an anderen Orten Persönlichkeiten, die eine Rolle im demokratischen Parteileben gespielt haben, zur Deutschen Volkspartei überzutreten. So planen in Leipzig bekannte Politiker, ihren Uebertritt zur Deutschen Volkspartei mit einer Erklärung zu vollziehen, die der vorstehenden ähnlich ist. In Halle, Nürnberg, Dortmund und an anderen Orten machen sich gleichfalls Absplitterungsbestrebungen in der Demokratischen Partei bemerkbar; auch dort stehen die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Politikern und der Deutschen Volkspartei kurz vor ihrem Anschluß. Auch in Altenburg finden Uebertritte von der Demokratischen zur Deutschen Volkspartei statt.

Die Entwicklung, die hier endlich zum Durchbruch kommt, war längst fällig und überfällig. Sie ist bisher nur immer wieder mühsam zurückgedrängt worden, weil natürlich auch der Demokratischen Partei die Einigkeit über alles geht. Aber daß ihre herrschende Richtung, die sich immer willenloser in die Gefolgschaft der Sozialdemokratie hineindrängen und sich jeden Uebergriff von dieser Seite widerspruchslos gefallen ließ, mit dieser Haltung bestimmten Kreisen des Bürgertums Unmögliches zumutete, war schon seit langem erkennbar und mußte schließlich auch zu äußerlich sichtbaren Folgerungen führen.

Der Brief der Herren Dr. Mugdan, Dr. Wiemer und Genossen an die Leitung der Deutschen Volkspartei läßt erfreulicherweise an Deutlichkeit über die Gründe ihres Mißvergnügens mit der demokratischen Parteipolitik nicht den geringsten Zweifel. Er spricht von Unmut und der Mißstimmung, die in weiten Kreisen der Partei durch die Haltung der Parlamentsfraktion erregt worden ist, über den Mangel an Festigkeit und Entschiedenheit bei der Wahrung von Lebensinteressen des erwerbstätigen Bürgertums, über ihr bedenkenloses Mitläufertum bei der Ausrufung des Generalstreiks. Besonders erfreulich berührt aber die starke Betonung eines freudigen Bekenntnisses zum nationalen Gedanken. Hier wird unzweifelhaft der Punkt berührt, in dem die Demokratische Partei sich der schwersten Versündigung an den Lebensinteressen des deutschen Volkes schuldig gemacht hat. Ihre heutigen Wortführer sind zu verantwortungslosen Nachbetern aller internationalen Phrasen herabgesunken, mit denen Deutschland ins Verderben geführt worden ist. Nicht zur eigenen Kraft, nicht zur Einigkeit des eigenen Volkes, die die notwendige Vorbedingung jeder nationalen Kraftentfaltung ist, haben sie ihre Zuflucht genommen, sondern zu nebelhaften Verbrüderungs- und Versöhnungsphantasien mit fremden Völkern, zu deren willenlosen Opfern wir auf diesem Wege langsam, aber sicher erniedrigt worden sind.

Wir haben niemals einen Zweifel darüber gehabt, daß diese nationale Würdelosigkeit durchaus nicht zu den wesentlichen Bestandteilen des demokratischen oder gar des liberalen Gedankens gehört. Erst die vorbehaltlose Verbrüderung mit den weiter links stehenden, auf internationaler Gedankengrundlage beruhenden Parteien hat dazu geführt, daß die Demokratie auf so verderbliche Irrwege geraten ist. Jeden Versuch, eine Brücke zu schlagen zwischen Stadt und Land, zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Soldaten und Bürgern hat diese nur auf inneren Unfrieden, auf Zerklüftung, auf Verhetzung bedachte Politik schon im Keim vernichtet. So ziemlich jeder Forderung der Straße hat sie nachgegeben, immer aus Furcht, aus der Macht verdrängt zu werden oder den Anschluß an neue Machtkonstellationen zu versäumen. Eine Orgie des Hasses ist mit ihrer Hilfe unter dem deutschen Volk entfesselt worden, und jeder Rechtsverletzung, jedem Gesetz- und Verfassungsbruch, den wir heute, da die berühmte „Masse" es angeblich so will, Tag für Tag über uns ergehen lassen müssen, gibt die Demokratie ihren Segen, weil sie glaubt, damit ihren Parteiinteressen dienen zu können.

Um so nachsichtiger ist sie allen Anmaßungen des Auslandes gegenüber. Der Stolz, die Würde, die Ehre des freien deutschen Mannes müssen schweigen, denn man würde ja in den Verdacht nationalistischer oder gar alldeutscher Gesinnung geraten, wenn man sich mit deutschen oder deutschnationalen Volksparteilern auf einer Linie zusammenfände. Daß darüber den jetzt aus der Partei ausgetretenen Männern endlich der Geduldsfaden gerissen ist, darf als ein erstes erfreuliches Anzeichen für den unbedingt notwendigen Gesundungsprozeß im deutschen Bürgertum begrüßt werden.

Ob es nicht richtiger gewesen wäre, mit dieser mannhaften Kundgebung schon früher hervorzutreten, soll heute nicht weiter erörtert werden; sie kommt, da wir erst am Beginn der neuen Wahlbewegung stehen, vielleicht noch nicht zu spät, und wird, gleichviel, wieweit ihre unmittelbaren Wirkungen reichen mögen, jedenfalls dazu beitragen, der bisherigen Gefolgschaft der Demokratischen Partei über die Gefahren, die deren politische Haltung für unser Vaterland heraufbeschwört, die Augen zu öffnen.

*

Uebertritt von Leipziger Demokraten zur Deutschen Volkspartei.

Eine Anzahl von führenden Leipziger Demokraten veröffentlicht folgende Erklärung:

Als kurze Zeit nach dem Ausbruch der Revolution durch Verschmelzung des damals in Leipzig bestehenden Nationalliberalen Vereins und des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei die Deutsche demokratische Partei für Leipzig und Umgebung ins Leben gerufen wurde, sind wir dieser neuen Partei wie viele unsrer Mitbürger in der Erwartung beigetreten, daß sie sich zu einer starken, zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken stehenden und nach festen Zielen geleiteten Mittelpartei entwickeln werde, die für eine Gesundung unsrer politischen Zustände unentbehrlich ist. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Bei der Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialisten, deren Notwendigkeit anerkannt werden muß, hat die Demokratische Partei es nicht verstanden, sich eine ausreichende Selbständigkeit in der Regierungskoalition zu wahren, sondern hat sich der Führung der Sozialdemokratie nahezu völlig untergeordnet. Sie hat, um nur einige Beispiele zu erwähnen, mit übertriebenem Eifer an den Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsursachen teilgenommen, sie hat eine unlautere Persönlichkeit wie Erzberger lange Zeit in führender Stellung geduldet, sie hat den verderblichen Einfluß der Nebenregierung radikaler Kreise nicht zu beseitigen vermocht, vor allem aber ist sie vor der Anwendung des Generalstreiks als politisches Kampfmittel nicht zurückgeschreckt. Diese Maßnahmen haben schwer schädigende Wirkungen für die Würde Deutschlands, das Ansehen seiner Staatsgewalt und den dringlichen Wiederaufbau unsers politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zur Folge gehabt. Wir zollen jeder abweichenden politischen Ueberzeugung, die selbst unter Angehörigen derselben Partei zulage treten kann, volle Achtung. Aber hier handelt es sich um so grundsätzliche und dauernde Verschiedenheiten von Auffassungen, daß wir uns, teils schon im Laufe der Zeit, teils neuerdings genötigt gesehen haben, aus der Demokratischen Partei auszuscheiden. Eingehende Verhandlungen mit dem Vorstande der Deutschen Volkspartei, Ortsverein Leipzig, haben im wesentlichen volle Uebereinstimmung mit uns über alle gegenwärtig aktuellen Fragen ergeben. Sie haben uns die Ueberzeugung verschafft, daß die Voraussetzungen vorhanden sind, unter denen sich die Deutsche Volkspartei zu der liberalen Partei entwickeln wird, die innerhalb des Gemeinschaftslebens und unbeschadet aller ihm gegenüberstehenden Pflichten auch die freie Entwicklung der einzelnen Persönlichkeit ermöglichte. Deshalb sind wir der Deutschen Volkspartei als Mitglieder beigetreten. Da unser Schritt, wie wir erfahren haben, in politisch interessierten Kreisen Leipzigs nicht unbeachtet geblieben ist, so erscheint es uns zumal im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl als zweckmäßig, die Gründe unsers Uebertritts öffentlich klarzulegen, um jeder Legendenbildung auf Grund unzuverlässiger Nachrichten vorzubeugen.

Leipzig, 30. April 1920.

Bassenge, Direktor der Kammgarnspinnerei, Leipzig; Max Berger, Kommerzienrat; Enke, Stadtverordneter, Gatka; Dr. Aron Günther, Schriftleiter der Leipziger Neuesten Nachrichten; Kirmse, Stadtverordneter; Dr. Kunath, Stadtverordneter, Vorsitzender der Leipziger Arbeitgeberverbände; Meiners, Bankdirektor (Dresdner Bank); Rassow, Universitätsprofessor; Thiersch, Rechtsanwalt und Notar; Tobias, Geh. Kommerzienrat, Stadtrat; Wildhagen, Geh. Justizrat, Rechtsanwalt am Reichsgericht; Thalheim, Schlosseroberm.eister, Gewerbekammervorsitzender.

Die Selbstbehauptung der Arbeitsgemeinschaft.

Von Generaldirektor Dr. Albert Vögler.

Unmittelbar vor Ausbruch der Revolution haben sich die Organisationen der Industriellen mit den Gewerkschaftsführern in einem freien Vertrag zu einer „Arbeitsgemeinschaft" zusammengefunden, deren Aufgabe es sein sollte, die Reibungsflächen, welche sich zwischen den beiden wichtigsten Faktoren der schaffenedn Industrie infolge der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des 19. Jahrhunderts gehäuft hatten, möglichst auszuschalten. Es lag ein allgemeiner, wirtschaftlicher Gedanke zugrunde, nämlich die Ener-

gievergeudung (Streiks und dergleichen) auf ein Minimum zu reduzieren. Auch ein positiver politischer Gedanke beseelte die Vertragschließenden: man wollte im drohenden Zusammenbruch die Produktion, die Industrie selbst, retten, weil man die von außen anstürmenden Gefahren fürchtete.

Im November-Dezember 1918 schien es dann eine Weile, als ob die „Arbeitsgemeinschaft" ein totgeborenes Kind sei. Die Arbeiterratsbewegung erschütterte auf den ersten Schlag die Gewerkschaftsorganisationen schwer und schien auf diesem Umweg auch die Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und Gewerkschaftler in die Luft zu setzen. In die Verfassungspolitik und in die Wirtschaftspolitik drang mit Gewalt der „Rätegedanke" ein. Die Industriellen, die soeben mit den Gewerkschaftlern in ein freies Vertragsverhältnis gekommen waren, lehnten so gut wie einmütig die russische Importware ab. Das taten auch die Gewerkschaftler. Fehlte doch scheinbar jede praktische Möglichkeit, die „Räte" in den komplizierten Bau des deutschen Industrie-Organismus einzugliedern.

Inzwischen haben sich die in ihrer Existenz durch die Revolution bedrohten Gewerkschaften, zum guten Teil durch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, trotz der Arbeiterrats-Revolution behauptet. Dadurch wurde anderseits wieder die Arbeitsgemeinschaft zu einer immer festeren Grundlage für alle wirtschaftlichen Wiederaufbaubestrebungen. Gleichzeitig hat sich aber auch der Rätegedanke langsam durchgesetzt. Einmal hat die Verfassung im Artikel 165, wie man zu sagen pflegt, den Rätegedanken „verankert". Des weiteren ist von der Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz als Fremdkörper in den Organismus der Industrie eingedrückt worden. Die Industriellen, wie meist auch die Gewerkschaftler, empfanden dieses Gesetz als etwas der Arbeitsgemeinschaft Fremdes und Feindliches. Erstere sagten es deutlich. Letztere wehrten sich versteckt. Auch sonst hat der Rätegedanke noch Form genommen. Ein provisorischer Reichswirtschaftsrat soll einen Entwurf der Reichsregierung nach zusammentreten. Mehrfach sind schon Versuche zur Bildung von Bezirkswirtschaftsräten unternommen worden. Erst unlängst ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein starker Anlauf genommen worden.

Alles ist im Fluß. Unklar noch sind die Linien der Entwicklung. Rein äußerlich genommen treten nunmehr die „Räte" in den Vordergrund. Anderseits aber ist die gesamte Industrie in ihrem inneren Leben so sehr vom Leben der Industriellenverbände und der Gewerkschaftsorganisationen abhängig, daß man annehmen darf, daß die „Arbeitsgemeinschaft" sachlich wirtschaftlich und sachlich politisch das Feld behaupten wird. Infolge des Druckes der Parteipolitik im Parlament und auf der Straße wird wohl das Wort „Räte" einen scheinbaren Sieg davontragen, aber diese „Räte" werden sich nicht anders als aus den bestehenden Arbeitsgemeinschaften heraus entwickeln können. Selbst die „revolutionärsten" Räte müßten auf irgend einem Umweg an diese Form industrieller Arbeitsgemeinschaft sich anlehnen oder später wieder dazu zurückkehren.

Den Industriellen ist es im allgemeinen gleichgültig, welches Wort den Sieg davonträgt, wenn nur die Sache nicht darunter leidet, wenn nur der ohnedies sehr schwache und kranke Wirtschaftskörper am Leben erhalten bleibt. Dabei sind sie sich wohl klar darüber, daß letzten Endes die Arbeitsgemeinschaftsgesinnung und der auf Produktionsmitverantwortung gerichtete Rätegedanke wertvoller sind als leere Worte, sinnlos oder gar hetzerisch in der Politik ausgesprochen, oder leere Formen, klug und teilweise am grünen Bürokraten- oder Gelehrtentisch ausgedacht. In der Arbeitsgemeinschaftsidee, in der Rätegesinnung lebt, so will es wenigstens scheinen, der Gedanke der Produktionssolidarität, der Arbeitsgemeinschaft, mancher würde mit Spengler auch vor dem Wort „Sozialismus" nicht zurückschrecken. Wo dieser Gemeinschaftsgedanke auftaucht und lebendig wird, entstehen die Formen — auch ohne Schreibtisch.

Die letzten Ereignisse haben allerdings der reinen Arbeitsgemeinschaftsidee, dem richtigen Rätegedanken, sofern beide auf menschliche Produktionsgemeinschaft gerichtet sind oder gerichtet sein sollen, einen argen Stoß versetzt.

Die Gewerkschaften sind schlankweg in den Generalstreik eingetreten, ohne sich um die „Arbeitsgemeinschaft" zu sorgen. Sie haben dabei offenbar nicht bedacht, daß unter einer solchen „Sabotage" die wirtschaftliche Zeugungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft in Frage gestellt wurde. Noch weniger haben sie bedacht, daß die politische Tragfähigkeit der von ihnen doch mitbegründeten und mitgewollten Organisation in verhängnisvoller Weise erschüttert wurde. Durch das Bielefelder Abkommen sollte zwar ein vernünftiger Zweck (den Bürgerkrieg zu stoppen) erreicht werden. Aber dies geschah auf Kosten der Wirtschaft, auf Kosten der die Wirtschaft sichernden Arbeitsgemeinschaft. Ganz davon zu schweigen, daß das Bielefelder Abkommen und der Münstersche Frieden die Auflösung der Reichswehr als der einzigen Schutzwehr einer geordneten, einigermaßen diebessicheren Wirtschaft beschleunigen.

Nun muß vielfach wieder von vorne angefangen werden. Der Rätegedanken muß wieder entpolitisiert werden. Aber auch viele Gewerkschaftsführer müssen von ihrem Parteiwahn, in den sie während der letzten bedauerlichen Ereignisse sich verrannt haben, wieder loszukommen suchen. Den Industriellen ist jedenfalls der Sinn für die Tragweite der sich aus dem politischen Krieg des letzten Monats ergebenden wirtschaftlichen Revolution geweckt worden. Nicht allen. Der großen Mehrzahl sicher.

Die bedeutendste Lehre für alle muß dies eine sein: Was nützt uns eine Arbeitsgemeinschaftsform, wenn der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft nicht in den Trägern der Form lebt! Ich denke dabei an beide Teile. Was nützen uns die „Betriebsräte", wenn der Produktionsgedanke nicht zu einer Art Evangelium der neuen Funktionäre wird!

Der Industrielle ist im allgemeinen nüchtern, rechnerisch sachlich eingestellt. Er ist Skeptiker jeder Doktrin gegenüber. Es fällt ihm deshalb auch schwer, die glaubensfanatische und parteidoktrinäre Art des Arbeiters zu verstehen. Umgekehrt ist das Mißtrauen oder vielfach auch nur das Mißverstehen noch größer. In der allgemeinen Kampfatmosphäre, die die Parteihetzer und Klassenkämpfer mit Pulverdampf schwängern, gedeiht deshalb die Arbeitsgemeinschaft nur schwer. Manchmal zweifelt man daran, ob auch bei noch so geduldiger Pflege „Arbeitsgemeinschaft" und „Räte" in positiven Bahnen erhalten bleiben können.

Und trotzdem! Ich glaube, daß der Arbeitsgemeinschaft die Zukunft gehört. Die Zukunft nicht nur der Wirtschaft, sondern auch, auf ihr neu aufgebaut, die Zukunft der deutschen Politik.

Zweierlei Maß.

Der deutschnationale Abg. Traub, der Kultusminister im kurzlebigen Kapp-Kabinett, ist seinerzeit von der Nationalversammlung zur Strafverfolgung an das Oberreichsgericht ausgeliefert worden, weil er sich gegen sein Land vergangen und revolutionäre Umtriebe unterstützt hat. Daß Traub sich dem Märzabenteuer aus rein ideellen Gründen angeschlossen hat, steht für jeden einigermaßen Urteilsfähigen fest, daß er trotzdem die Folgerungen aus seinem Verhalten zu ziehen hat, steht gleichfalls fest, obwohl die Gleichsetzung mit dem Reichsverderber Liebknecht, die die Linke in der parlamentarischen Behandlung über die Aufhebung der Immunität kurzer Hand vornahm, eine Beleidigung für den früheren Dortmunder Pfarrherren gewesen ist, dessen ganzes Herz immer seinem Volke geschlagen hat. Inzwischen ist von Leipzig ein weiterer Antrag bei der Nationalversammlung eingelaufen, die unabhängigen Abgeordneten Geyer-Leipzig, Geyer-Sachsen und Braß, dem Oberkommandierenden der Roten Armee im Ruhrgebiet, ihres Mandatsschutzes zu entkleiden. Die beiden ersten, weil sie die öffentlichen Kassen bestohlen haben, den letzteren, weil er Deutschland vor dem Feindverband in einer Weise verdächtigt hat, die nicht unwesentlich zu der falschen Einschätzung der Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch die Franzosen und zu der aus ihr folgenden Besetzung des Rhein-Maingaues beigetragen hat. Man sollte meinen, daß der Geschäftsordnungsausschuß der Nationalversammlung, der über den Antrag des Reichsanwalts zu befinden hat, schleunig, wie im Falle Traub, zum mindesten so schleunig wie im Falle Traub sein Placet gegeben hätte. Aber nein, weit gefehlt! Da diese drei Herren Unabhängigen alle Mitglieder jener Partei sind, deren Messer den Mehrheitssozialisten samt ihren Bundesbrüdern von der Koalition andauernd und hartnäckig vor dem Genick sitzt und die Regierenden vor jeder Mutsbezeugung nach dieser Seite sozusagen gefeit sind, so sind diese drei Herren Schützlinge dieses Konzerns und demgemäß — anders zu bewerten als Traub... Man hält es nicht für möglich (trotz allem, was bei uns in Deutschland jetzt möglich ist), daß ein Beschluß dieses Geschäftsordnungsausschusses ergehen konnte, der da empfahl: die Genehmigung zur Strafverfolgung dieser drei unabhängigen Säulenheiligen nicht zu erteilen... Träte die Nationalversammlung diesem Beschluß bei, dann muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, einmal, daß sie mit zweierlei Maß mißt, und daß nach ihr nicht alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, wie der von dieser Versammlung beschlossene Artikel 190 der Verfassung bekanntlich fordert, und daß sie zum anderen offenbare Raubgesellen und einen Mann, der des Einverständnisses mit dem Gegner überführt ist, in ihre betreuende Obhut nimmt... Wahrlich, es ist Zeit, daß diese Nationalversammlung gereinigt und daß eine andere, frische Luftwelle durch sie durchgelassen wird. Für die Kämpfe der nächsten Wochen aber ist dieser Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, gleichviel, ob ihm Folge gegeben wird oder nicht, ein Hilfsmittel für die Niederringung der heutigen Koalition von nicht zu unterschätzendem Werte.

Vor dem Duisburger Revolutions-Tribunal.

Eine heitere Schilderung der Vorgänge während der Revolutionstage und des damit verbundenen allgemeinen Beamtenstreiks im Duisburger Gerichtsgebäude veröffentlicht Amtsgerichtsrat Wichmann in den „Niederrheinischen Nachrichten". Es gelang ihm, bis in den Saal des „Revolutions-Tribunals" vorzudringen. — „Die blutigen Umrisse der Guillotine", so schreibt er, „stiegen im Geiste auf, als der Stadtkommandant Zalden mit energischen Schritten eintrat und uns furchtbar musterte, ein gedrungener Mann mit langer strohblonder Mähne, der einen großen schwarzen Schlapphut trug und sich eine sehr große Pistole an einem knallroten Riemen vor den Bauch gebunden hatte. Der Volksanwalt Mayer aus Frankfurt a. M. (man raunte uns zu, er sei ein Jurist!) hatte sich dagegen als Verteidiger nur mit einer Revolverschnauze maskiert — oder war sie Natur? — mit der er jedenfalls den fünf Volksrichtern mächtig imponierte, die ihrerseits in Anbetracht ihrer historischen Bedeutung noch ein bißchen spießig aussahen. Diese Fünfe hatten sich auch gleich ein brennendes Pfeifchen mitgebracht, und da der Stadtkommandant, sowie der Verteidiger gleichfalls rauchten und keiner Anstalten machte, uns herauszuwerfen,

waren auch wir so frei und also gar nicht mehr bange. Aus dem Gefängnis vorgeführt erscheint ein braver Arbeitsmann. Der Stadtkommandant, der zugleich auch Duisburger Justizminister und Oberstaatsanwalt war, mußte ihn höchst persönlich heraufholen, also auch noch den Gerichtsdiener spielen. Dieser vorgeführte Peter Schmitz aus Duisburg hatte, wie er treuherzig erzählte, eines Tages in Geldern gerauft, dafür vom dortigen Schöffengericht 60 Mark evtl. 12 Tage Gefängnis erhalten und die Geldstrafe nicht bezahlt; er war darauf mit einer Einladung in das hiesige Gefängnis beehrt worden, seine 12 Tage abzusitzen; er fand das auch ganz richtig, hatte gerade Zeit, stellte sich pünktlich ein und saß bereits drei Tage, als die Diktatur des Proletariats ausbrach. Im Gefängnis vorgefunden, wurde er sogleich angeklagt, unschuldig verurteilt worden zu sein. In unserer Sitzung zeigte er leider gar kein Verständnis für die große Zeit, die er gerade durchlebte, er log gar nicht und fand seine 12 Tage immer noch voll in der Ordnung! Da sprang unser Volksanwalt für ihn auf und ein und sagte wörtlich: „Der Mann sitzt unschuldig genug, ich beantrage seine sofortige Entlassung!" Das Gericht erließ auch prompt das Urteil: „Der Angeklagte ist unschuldig und sogleich in Freiheit zu setzen." Herr Schmitz machte ein ärgerliches Gesicht, indem er ganz richtig ahnte: „Im wunderschönen Mai werde ich wahrscheinlich doch den Rest absitzen müssen; warum also diese störende Unterbrechung?"

Dann stieg ein offenbar ganz gefährliches Bürschchen aus der Versenkung auf, das auch sofort heraus hatte, wie man hier sich zu benehmen hatte; er erzählte, von dem außerordentlichen Kriegsgericht in Wesel habe er „wegen bloßem Verdachte" drei Jahre Zuchthaus erhalten; er sei eines Abends im Februar aus einer kommunistischen Versammlung gekommen und deswegen verhaften und verhaftet worden. Das Gericht hielt nun doch diese Schilderung für ein bißchen zu unvollständig und bat den Stadtkommandanten um Vorlage der betreffenden Strafakten. Da erwiderte der Gestrenge: „Um Akten und Beweise kann ich mich nicht auch noch kümmern, ich beantrage Freisprechung und sofortige Freilassung, schon weil er von einem Kriegsgericht verurteilt worden ist!" Auf Vorschlag des Verteidigers erging darauf das salomonische Urteil: Der Angeklagte wird aus dem Gefängnis entlassen und dem Stadtkommandanten zur Aufbewahrung übergeben, bis die Strafakten zur Stelle sind. Ob sich die beiden inzwischen doch nicht getrennt haben?

Der Geschäftsführer Ernst B. stand unter der immerhin für ihn bedenklichen Anklage, aus seiner Wohnung geschossen zu haben, ferner bei seiner Festnahme im Besitz von Waffen und Munition gewesen zu sein, aber auch hier fehlte zu seinem Glück jedes Beweismaterial; er selbst durfte uns also erzählen, daß aus seiner Wohnung gar nicht geschossen worden sei, sondern daß nur ein Fünkchen aus der Telephonleitung aufgeblitzt sei; auch sei er nur im Besitz von Flobertmunition gewesen, mit der er wohl Spatzen, aber keine Kommunisten habe töten wollen. Die übrigens alten und unbrauchbaren Gewehre seien von seinem Vater auf dem Rathaus angemeldet, aber von dort nicht abgeholt worden. — Worauf der Volksanwalt „Jurist" Mayer sich erhob und wörtlich sagte: „Wir haben hier einen Fall, der gar kein Fall ist; ich beantrage nicht nur Freisprechung und Haftentlassung, sondern auch die Gerichtskasse zu verurteilen, ihm eine empfindliche Entschädigung zu zahlen!" Der Stadtkommandant nickte heftig. — Vorsitzender: „Waren Sie sich bewußt, daß Flobertmunition auch Munition ist?" — Angeklagter: „Nein." — Darauf erging das Urteil, gemäß welchem nicht nur der Angeklagte freigesprochen wurde, sondern auch dessen Vater, der gar nicht angeklagt war. — In diesem Stile wurden noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt, und als von den fünf Richtern einer am Nachmittage Wichtigeres zu tun hatte und sich entfernte, ging es auch ganz gut zu Vieren."

Parteifreunde!

Männer und Frauen! Der Wahlkampf hat begonnen. Nun gilt es, mit Tat und Wort für die Grundsätze der **„Deutschen Volkspartei"** einzutreten, wo sich nur dazu die Gelegenheit bietet. Und die ist überall vorhanden. Unsere Wahlaussichten stehen gut. **Nur heraus aus der Zurückhaltung.** Werbt für die **„Deutsche Volkspartei"** in der Ueberzeugung: es geht um unsere gemeinsame vaterländische und bürgerliche Sache.

Die Politik der Woche.

„Es ist eine Lust zu leben" — mit diesem jubelnden Ausruf begrüßten Sozialdemokraten und Demokraten bald nach der Revolution von 1918 die damals anbrechende neue Zeit. Den Wahlfeldzug für die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung führten die Herrschaften mit gleich großer Begeisterung und sie versprachen sich und ihren Anhängern goldene Berge als Ergebnis ihrer Arbeits- und Schaffensfreude. Jetzt neigen sich Deutsche Nationalversammlung und Preußische Landesversammlung ihrem mehr oder weniger seligen Ende zu. Das Sterben fällt ihnen freilich nicht ganz leicht. Aber gerade jetzt fällt der Gegensatz in der Stimmung des Volkes wie seiner Vertreter zu früher so grell in die Augen, daß man nicht ohne weiteres daran vorbeigehen kann und darf. Daß trotz ihrer Kurzlebigkeit beide Parlamente längst die Grenze ihrer Lebensfähigkeit überschritten haben, zeigt sich am besten in der Art, in der sie ihre Arbeiten erledigen. Wenn im Anfang noch sachlich beraten und sachliches Mitwirken der Oppositionsparteien, wenigstens in den Ausschüssen, nicht nur geduldet, sondern gern gesehen wurde, so ist heute von alledem keine Rede mehr. Die Mehrheitsparteien fühlen über sich die Forderungen derjenigen Elemente, in die allmählich die wirkliche Regierungsgewalt übergegangen ist, und fügen sich bedingungslos. Ihre in der nominellen Regierung sitzenden Vertreter haben unmittelbar vor den Wahlen, von denen sie ein Ende ihrer Herrschaft fürchten, alle Hände voll mit Unterbringung ihrer Parteiklepper an der Regierungskrippe zu tun, so daß für andere Arbeit wenig Zeit übrig bleibt. In beiden Parlamenten werden die als im Parteiinteresse nötig erachteten Gesetzentwürfe durchgepeitscht ohne Rücksicht auf das Volkswohl. Da jede sachliche Arbeit ausgeschlossen ist, hat sich der Abgeordneten selbst eine Arbeitsunlust bemächtigt, die zu einem geradezu grotesken Zustande führt. Aber die Gleichgültigkeit der Abgeordneten läßt sich noch aus einem anderen Grunde erklären. Das ist die allbekannte gänzliche Ideenlosigkeit der herrschenden Parteien und ihrer Vertreter in der Regierung. Von all den Leuten, welche da aufmarschierten, war keiner imstande, auch nur einen neuen Gedanken zur Heilung unserer Uebel vorzubringen. Der Reichsfinanzminister lobt die Steuergesetzgebung seines Vorgängers Erzberger bis in die Puppen und weiß zur Ergänzung höchstens noch auf Reichsmonopole hinzuweisen. Dabei liegt in der Erzbergerei die ungeheure Gefahr der Vernichtung des gesamten Unternehmertums. Der Reichsminister für Ernährungs- und Landwirtschaft kennt auch kein anderes Mittel als die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf allen Gebieten, und scheint sich dabei der Tatsache gar nicht bewußt zu sein, daß sein preußischer Kollege Braun, der zugleich als Ministerpräsident Unheil stiftet, in den wichtigsten Landwirtschaft treibenden Provinzen die Landwirte selbst verfolgt, verärgert, drangsaliert und alles tut, um die Freudigkeit an der Arbeit totzuschlagen. Aus alledem geht mit größter Deutlichkeit hervor, daß beide Parlamente sich längst überlebt haben und die allgemeine Nichtachtung verdienen, deren sie sich bei der Regierung, Mehrheitsparteien, Oppositionsparteien und Volk erfreuen — zum ersten Male seit langer Zeit scheint wenigstens in einem Punkt ganz Deutschland einhellig einer Ansicht zu sein!

*

Die Sozialdemokratie hat ihren 1. Mai auf eigene Faust feiern müssen. Man hat Regierungssystem und Abzeichen der alten Zeit, die Wirtschaftsform sogar, auf den Kehrichthaufen geworfen, nur das alte Prunkstück aus dem Jahre 1889 soll und muß erhalten bleiben. Es hat zwar den einen seiner Zwecke erfüllt, wie die Vorgänge der letzten anderthalb Jahre beweisen, und mit dieser Zweckerfüllung hat es seine Bedeutung verloren; seinen andern Zweck aber, die internationale Verbrüderung, hat es nicht erfüllt, und da es ihn auch in aller Zukunft nicht wird erfüllen können, so hat es auch in diesem Betracht seine Bedeutung verloren. Der internationale Arbeiter außerhalb Deutschlands denkt gar nicht daran, seine Internationalität dann zu bekunden, wenn es dem deutschen Internationalisten erwünscht sein könnte; siehe den Friedensvertrag und das, was ihm folgte! Der deutsche Wolkenkuckucksheimer aber feiert ruhig weiter für ein Ziel, dem außer ihm kein Mensch nachjagt, ja, das außer ihm nicht einmal ein Mensch will. Er macht sich international lächerlich mit seinem Köhlerglauben, aber er feiert, und er feiert auch dann, wenn er sich solchen Luxus gar nicht mehr leisten kann. Wir alle wissen es, und wenn wir's nicht wissen sollten, so würde es uns täglich und stündlich von außen her ins Ohr gebrüllt, daß nur Arbeit und Arbeit allein uns retten kann. Trotzdem feierte der deutsche Mai-Enthusiast und verliert ruhig Hunderte von Millionen, wenn es sich um einen Katechismussatz handelt. 15 Millionen Handarbeiter sollen dem Genossen Heilmann zufolge die Arbeitsruhe am 1. Mai gefordert haben. Bei einem Tagesverdienst von 30 Mark bedeutet das einen Lohnausfall von rund einer halben Milliarde Mark. Das ist eine etwas kostspielige Feier, selbst wenn ihre gänzliche Zwecklosigkeit nicht so offen zutage läge. Aber es handelt sich ja auch weniger um psychologische Gründe, als vielmehr um „den Auftakt für den Wahlkampf", wie der Vorwärts gesteht. Dieser Wahlkampf soll zu dem Ziel geführt werden: Herrschaft des arbeitenden Volkes durch das Recht der Mehrheit gegen den bürgerlichen Block. Für den Vorwärts ist die Demokratie trotz aller vorübergehenden Koalitionen nur das Entwicklungsstadium, in dem die Arbeiterklasse ihren Endkampf um die Macht ausficht, in dem sie dem Bürgertum Position um Position entreißt. So lange die Demokratie Erfolg verheißt, so lange schwört man auf sie; wenn sich aber der demokratische Gedanke der Mehrheit dem eignen Machtbegehren in den Weg stellt, dann ist die Demokratie nicht ein Endziel, sondern nur ein Uebergangsstadium!

*

Der Parteienkampf für die deutsche Reichstagswahl hat in vollem Umfange eingesetzt. In den Wochen bis zum 6. Juni wird ein Riesenfilm von Programmen, Aufrufen, Versammlungen und persönlichen Auseinandersetzungen der politischen Führer abrollen. Den Auftakt zu dieser gewaltigen Bewegung brachten drei Reden, die am vergangenen Sonntag gehalten wurden. In Berlin sprach vor dem Wahlkreisverband der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann, in Magdeburg vor den Demokraten Vizekanzler a. D. Schiffer und in Meißen vor der innerlich uneinigen Mehrheitssozialdemokratie Sachsens der frühere Reichswehrminister Noske. Stresemann und Noske, die sich doch gewiß nicht verabredeten, haben beide an die unheimliche Aehnlichkeit dieser Tage mit den Ereignissen in Rußland unter Kerenski erinnert. Noske

hatte sich mit der sogenannten Chemnitzer Richtung der Mehrheitssozialdemokraten auseinanderzusetzen, die so weit nach links gerückt ist, daß sie eigentlich schon im Lager der Unabhängigen stehen. Noske sagte: Was die Chemnitzer jetzt machen, läuft darauf hinaus, die Fehler der russischen Revolution zu wiederholen, das deutsche Volk kann Experimente wie in der Zeit Kerenskis nicht vertragen. Was meinte Noske damit? Dr. Stresemann sagte es mit folgenden Worten: Wir gehen in Deutschland denselben Weg wie in Rußland. Rußlands Kerenski heißt bei uns Ebert, Kornilow — Lüttwitz. Kerenski gab nach, er entwaffnete die Kornilow-Truppen, die dann zur bolschewistischen Truppe wurden, sich mit Lenin vereinigten, der dann Kerenski absetzte und die bolschewistische Herrschaft begründete. Die Kapp-Episode war für uns gut, denn man hat bei uns einsehen gelernt, daß mit Bajonetten nichts zu erreichen ist. Wenn unsere Regierung jetzt aber den furchtbaren Fehler begeht, den Weg Kerenskis zu beschreiten, die Einwohnerwehren aufzulösen und das Proletariat zu bewaffnen, dann werden bei uns dieselben Folgen eintreten wie in Rußland. Was aber die Bewaffnung des Proletariats im heutigen Deutschland bedeutet, das hat wiederum der einstige Nationalliberale und heutige Demokrat Schiffer mit großer Anschaulichkeit klargelegt, indem er erzählte, was er als Minister während des Kapp-Tage erlebte. Ein führender Sozialdemokrat sagte ihm damals, er könne es nicht billigen, daß Schiffer mit Kapp verhandelte. Schiffer antwortete, dann gebe es Blut. Darauf die Leuchte der führenden Regierungspartei: „Lieber Tausende von Arbeiterleichen, als eine Verhandlung mit Kapp." Ebenso erklärte ein Führer der freien Gewerkschaften bei der Fortsetzung des Generalstreiks, er übernehme gegebenenfalls auch die Verantwortung für einen Bürgerkrieg. Gegen solche Politik gibt es für alle bürgerlichen Parteien nur eine Richtung: Zusammenstehen und die Wahlen sowohl, wie auch den ganzen inneren Frieden mit bürgerlichen Waffen zu schützen.

*

Aeußerlich betrachtet war das Schauspiel von San Remo nicht weniger bedrückend als das von Versailles. Dort wie hier wurden deutsche Schicksalsfragen behandelt, und Deutschland mußte beiseite stehen und in stummer Rolle dulden, daß außenstehende Mächte über sein Schicksal würfelten. Dieser Vergleich zwischen Versailles und San Remo bringt uns deutlicher als alles andere zum Bewußtsein, daß unsere auswärtige Politik es nicht verstanden hat seit jenen dunklen Frühjahrs- und Sommertagen des Jahres 1919, unsere Lage auch nur um einen Deut zu bessern. Und doch wäre ein solcher Aufstieg kein absolutes Ding der Unmöglichkeit gewesen. Denn auch das ist in San Remo offenbar geworden: Mögen uns die Hände auch noch so gebunden sein wie in Versailles, die Ansichten über den Grad und die Härte unserer Knebelung gehen heute doch unter den Ententemächten erheblich auseinander. Daß es sich dabei nicht um einen größeren oder geringeren Grad von Sympathie für Deutschland handelt, muß immer wieder mit aller Entschiedenheit betont werden. Denn es gibt in Deutschland unheilbare Illusionisten, die in der auswärtigen Politik der anderen Staaten Gefühlsregungen nachspüren. Selbstverständlich ist für England wie für Frankreich und Italien lediglich das eigene Interesse ausschlaggebend. Die Interessen dieser drei Staaten gehen heute aber schon in sehr verschiedener Richtung. Italien hat ein ganz ausgesprochenes Interesse daran, durch Verständigung und Vereinbarung mit Deutsch-Oesterreich wieder in wirtschaftliche Fühlung mit Deutschland zu kommen. Es treibt deshalb eine ausgesprochene Versöhnungspolitik und hat in diesem Sinne auch in San Remo gewirkt. Englands Politik geht darauf aus, Deutschland gegen die bolschewistische Gefahr widerstandskräftig zu erhalten. Sie ist ferner gegen das Bestreben Frankreichs gerichtet, eine beherrschende Vormachtstellung in Europa zu gewinnen. Daneben mußte England in San Remo noch über die Aufteilung der Türkei mit Frankreich und Italien ins Reine kommen. Es ist zwar kein erhebendes Gefühl, aber darum nicht weniger notwendig zu erkennen, daß zwischen dem Schachergeschäft über die Türkei und den Verhandlungen über Deutschlands Beziehungen von Leistung und Gegenleistung gestanden haben. Es ist also wahrscheinlich von Lloyd George ein Stück deutliches Interesse mit in den Handel geworfen worden, um in Konstantinopel oder in Kleinasien für England mehr herauszuschlagen. Das war wahrscheinlich um so leichter, als Frankreich auch heute noch mit beiden Augen wie gebannt auf Deutschland starrt und jenseits des Rheins eine Lebensgefahr wittert. Ob auf diese Weise San Remo für uns aber seinem inneren Ergebnis nach einen Fortschritt gegenüber Versailles bedeutet, müssen die kommenden Verhandlungen in Brüssel und Spa ergeben. Der Grad des Fortschrittes hängt ganz davon ab, ob und wie weit sich England und Italien gegen die haßerfüllte und deshalb blinde Gewaltpolitik Frankreichs durchsetzen können. Ebenso aber auch davon, ob Deutschland wieder zu einer Regierung kommt, die politisches Kapital aus der Lage zu schlagen versteht. Die heutige, auf Herrn Müller getaufte Regierung vermag dies nicht. Möge das deutsche Volk dafür sorgen, daß die neuen Wahlen dem jetzigen System der Unfähigkeit, das lediglich der französischen Rachepolitik in die Hände gespielt hat, endlich den Garaus machen.

Aus Welt und Zeit.

49 Millionen Mark Zuschuß für die staatliche Bergwerksverwaltung.

Die staatlichen Bergwerke erfordern nach dem preußischen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 einen Zuschuß von 49 Millionen Mark. Im Vorjahre konnten noch 11 Millionen Mark als reiner Ueberschuß gebucht werden. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß nach dem Wegfall des Saargebiets nur noch ein kleiner Teil der Gruben der staatlichen Bergwerksverwaltung untersteht. Würde um politischer Doktrinen willen dem Verlangen nach einer Sozialisierung des Bergbaues stattgegeben, dann hätte außer einigen Anwärtern für die staatliche Futterkrippe niemand davon Vorteile, es gäbe aber vermutlich auch beim Bergetat ein Milliardendefizit.

*

Womit sie gesündigt haben, werden sie bestraft.

Niemals ist eine Partei mit ihren eigenen Waffen — so schreibt das Zentrumsblatt „Köln. Volksztg." — so exemplarisch gezüchtigt worden, wie die sozialdemokratische seit Ausbruch der Revolution. Vor einigen Monaten hat der frühere Reichswehrminister Noske einen Erlaß herausgegeben, in dem er straffe Disziplin in der Reichswehr als ein unbedingtes Erfordernis bezeichnete, als zwingende Notwendigkeit, ohne die eine Truppe nicht bestehen kann. Und in den letzten Tagen erließen Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Müller eine Kundgebung an die Reichswehr mit der Aufforderung, jede Politik von der Reichswehr fernzuhalten. Jedermann wird den Herren Noske, Ebert und Müller beipflichten. Straffe Disziplin, Zucht und Ordnung, sowie Fernhaltung von politischen Umtrieben sind die Grundlagen eines jeden militärischen Körpers. Wer aber hat an diese Hauptstützen mehr gerüttelt als die Sozialdemokratie? Wie haben die Sozialdemokraten über den „Kadavergehorsam" im Heere gespöttelt und gehöhnt! In Tausenden von Exemplaren haben sie aufreizende Flugschriften in die Kasernen eingeschmuggelt oder einzuschmuggeln versucht, um die Soldaten gegen ihre Vorgesetzten aufzureizen und für den Umsturz reif zu machen. Eisner hat vollends alle Bande militärischer Disziplin und Zucht gelöst. Und jetzt, da die Sozialdemokraten die Früchte ernten, die sie seit Jahren gesät, jammern sie über Zuchtlosigkeit und Politik im Heere!

*

Die wachsende Parteiwirtschaft.

Herr Lüdemann, der preußische „Fach"-minister für Finanzen, betätigt sich beträchtlich. Er ist an sich schon eine der sympathischsten Erscheinungen in unserer an solchen so reichen Zeit. Seine erste Sorge ist, sein Ministerium von der gänzlich überflüssigen Belastung mit Fachleuten zu befreien. Deshalb hat er den Unterstaatssekretär Busch und den Ministerialdirektor Löhlein zur Disposition stellen lassen. Zwar ist man ob dieser Verabschiedungen, deren wahrer Grund ist, daß die Genannten weder zur K. P. D. noch zur U. S. P. D. noch wenigstens zur S. P. D. gehören, sondern einer rechts von den Demokraten liegenden Gesinnung dringend verdächtig sind, selbst in der Linkspresse bedenklich geworden. So schreibt die „Vossische Zeitung": „Es handelt sich um Persönlichkeiten, deren fachliche Tüchtigkeit außer allem Zweifel steht. Ihr Ausscheiden bedeutet einen nicht geringen Verlust, den, wie man annehmen darf, auch der Minister empfindet, zumal es nicht leicht sein wird, geeignete Nachfolger für diese routinierten und eingearbeiteten Beamten zu finden." Und sie meint, Gesinnungsschnüffelei müsse unter allen Umständen vermieden werden. Damit kommt sie bei Herrn Lüdemann gerade an den Rechten. Sein Vorgehen ist ein weiterer Beweis für die Methoden der Unduldsamkeit und der Denunziationssucht, mit denen jetzt allenthalben verfahren wird, unbekümmert darum, was aus den sachlichen und sachlichen Dingen dabei wird.

*

Herabwürdigung der geistigen Arbeit.

Ein bezeichnendes Beispiel für das bedenkliche Mißverhältnis in der gegenwärtigen Entlohnung von geistiger Arbeit und von Handarbeit findet sich in Nr. 94 des „Vogtländischen Anzeigers" vom 24. April 1920. Im „Oertlichen und Sächsischen" wird unter dem Kennwort „Leipzig" aus einer Vorlage des Rates zu Leipzig an die Stadtverordneten mitgeteilt, daß nach dieser Vorlage die Löhne der städtischen Arbeiter wie folgt geregelt werden: „Ein gelernter Arbeiter jährlich 11 480 Mark, ein angelernter Arbeiter 10 980 Mark, ein ungelernter Arbeiter 10 480 Mark." Im Bekanntmachungsteile derselben Nummer schreibt der Stadtrat zu Oelsnitz die Stelle eines Rats-Assessors, also eines höheren städtischen Beamten, zu folgenden Bedingungen aus: „Grundgehalt vorläufig 4500 Mark, steigend bis 6000 Mark, staatliche Teuerungszulagen für Verheiratete 5100 Mark, für Ledige 4080 Mark, Wohnungsgeld 810 Mark, für Ledige die Hälfte, so daß das Anfangsgehalt sich auf 10 410 Mark (8985 Mark für Ledige) beläuft." Demnach beträgt also der Arbeitslohn eines ungelernten Handarbeiters jährlich 10 480 Mark, während das gesamte Diensteinkommen eines höheren städtischen Beamten, der das Gymnasium besucht, vier Jahre die Rechtswissenschaft studiert, sodann die erste juristische Staatsprüfung mit Erfolg abgelegt, hierauf sich einem vierjährigen Vorbereitungsdienste, in dessen größtem Teile er keinerlei Vergütung erhalten hat, unterzogen und schließlich die zweite Staatsprüfung bestanden haben muß, 8985 Mark beträgt.

*

Unter Vormundschaft.

Die in Hannover weilende „Interalliierte Kommission" erschien dieser Tage in der Bismarckschule, denn dort sollten furchtbare militärische Verschwörungen entdeckt worden sein. Diese Herren Engländer wußten das alles ganz genau, es war ihnen gemeldet worden — von deutschen Spitzeln im Dienste der Feinde. Sie erschienen mit ihrem deutschen Verbindungsoffizier, einem jener Herren, die den unglücklichsten militärischen Posten auszufüllen haben. Sie wünschen den Direktor der Schule zu sprechen. Der Direktor, der selbst viereinhalb Jahre unter den

Fahnen gestanden, war von dem Besuch wenig erbaut und fertigte die hochmögenden Herren, so wie es sich geziemt, im Stehen ab. Sie stellten drei „inhaltsschwere" Fragen, von deren Beantwortung für die ganze interalliierte Koalition alles auf dem Spiele stand: 1. Ob es richtig sei, daß an dieser Schule militärische Uebungen stattfänden? (Das heißt: bei dem sowieso in bölem Geruch stehenden deutschen Turnen. Das Herz erschauert, wenn man denkt, daß einmal eine Marschübung in geschlossenem Zuge oder gar noch furchtbarer auszudenken: eine Schwenkübung in militärischem Stile stattfände.) 2. Ob an der Schule Jugendkompagnien vorhanden wären? Es wäre ihnen ganz sicher mitgeteilt, daß solche Jugendkompagnien hier bestanden hätten. Und 3. das Allerschwertragendste dieser schwierigen Mission? Wie viel Söhne deutscher Offiziere die Schule besuchen? Um diese drei Dinge drehte sich in diesem Augenblick für die getreuen Söhne des allmächtigen Albions die Weltgeschichte. Der Direktor lächelte, vielleicht ein wenig ironisch, wir sind nicht dabei gewesen, aber er sagte nicht mehr und nicht weniger als drei kleine Wörtchen. Selbstverständlich deutsch. Zum ersten Nein und zum zweiten Nein und zum dritten Drei! Es ist uns so, als wenn wir jetzt noch das aufatmende Erleichtern der englischen Herrschaften vernähmen, das in diesem Augenblick durch die Räume der pompösen Bismarckschule gegangen sein muß, als es um den Bestand der großen interalliierten Koalition keine Gefahr mehr hatte.

*

Die Senegalneger im Goethehaus.

Zu der Erklärung des Reichskanzlers in der Nationalversammlung schreibt George Pioch im „Populaire": Die Senegalneger haben das Geburtshaus Goethes besetzt. Bis zum heutigen Tage warte ich vergebens, daß ein Mitglied der Partei der Intelligenz gegen diese unnütze Besetzung oder vielmehr gegen diese Herausforderung, die ebenso odiös wie lächerlich ist, protestiert. Ich erwarte, daß sich die Partei der Intelligenz vereinigen wird, um zu fragen. Welcher Schwachkopf hat diese Besetzung befohlen? Wer ist der Cretin, ob Hauptmann, Major, Oberst, General oder Marschall, der es für gut befunden hat, im Goethehaus Schwarze einzulogieren? Schwarze, die besonders hervorragend in dem Mut sind, alles zu vernichten; die sich dadurch auszeichnen, daß sie Seuchen (veroles) verbreiten. Wer ist der Bösewicht, der Spaßvogel, der Sadist a la Clemenceau oder noch besser, der Tropf (niais), der sich bemüht hat, Frankreich in seiner Vergangenheit, in seinem Genie und in seinem Renommee zu entehren? Pioch sagt, er habe gelesen, daß Napoleon I. den französischen Truppen anbefohlen habe, als sie Weimar besetzten, wo Goethe gewohnt habe, ihm die größten Ehren zu erweisen. Es sei den Siegern, die sich jetzt in Frankfurt Geltung zu verschaffen suchten, vorbehalten gewesen, den seit 110 Jahren durch die französischen militärischen Chefs erzielten Fortschritt aufzuweisen, und dies alles, nachdem Frankreich unvergleichlich geblutet habe für den Krieg des Rechts, der Gerechtigkeit und Freiheit.

*

Der Pranger.

Es ist herrlich weit bei uns gekommen. In Hamburg wurde dieser Tage eine Wochenschrift mit dem vielsagenden Namen: „Der Pranger. Organ der Hamburg-Altonaer Kontrollmädchen" (!) an allen Ecken zum Verkauf angeboten, nachdem sie 3 Tage vorher in marktschreierischer Weise angezeigt war. Für 30 Pfennig konnte sich jedes Bürschlein und halbwüchsige Mädchen diese famose Zeitschrift kaufen, in der es eingangs hieß: „Oeffentliche Dirnen nennt man uns. Unser Gewerbe, da es ein öffentliches genannt wird, soll auch eine Angelegenheit der Oeffentlichkeit sein! Jetzt, besonders jetzt, da die Kraft der Nationen aufschäumen muß, um zur Wiedergeburt zu kommen, jetzt sind wir am notwendigsten . . . Ihr habt uns angewöhnt, rücksichtslos zu sein. Seien wir es! Was frei und ehrlich und groß ist, das hat nichts von uns zu fürchten, und wir reichen die Hand aus unsrer dunklen Versunkenheit dem Wahren, Guten und Schönen (!) . . . Kolleginnen aller Orten: Erwacht gleich den Hamburg-Altonaer Kontrollmädchen und schließt euch zu Ortsgruppen zusammen und gebt Mitteilung von euren Erfahrungen. Der Vertrauensrat." Der übrige Inhalt ist entsprechend. Es ist wahrlich ein blutiger Hohn auf unser gegenwärtiges Elend: Das Dirnentum organisiert sich öffentlich für die Wiedergeburt unseres Volkes! Wenngleich dieser Schlammspritzer und Wahnwitz nach zweimaligem Erscheinen durch die Polizei für die Oeffentlichkeit zunächst unschädlich gemacht wurde, so lassen sich doch aus der Art des Hervortretens allerlei Schlüsse ziehen auf die Ausdehnung und das Gefühl großer Sicherheit der öffentlichen Unsittlichkeit bei uns.

*

Wie die Spartakisten auf dem Lande hausten.

Teile des Regierungsbezirks Münster haben unter dem Durchzug der Roten Truppen sehr gelitten. Besonders drangsaliert wurde die kleine Landgemeinde Kirchhellen. Die rückflutenden Banden holten rücksichtslos Milchkühe und trächtige Rinder aus den Ställen und nahmen sie zwecks Abschlachtung und Verpflegung der Roten Armee mit. Alle einigermaßen schlachtreifen Schweine wurden aus den Ställen geholt und mitgenommen. Die Häuser wurden nach Lebensmitteln durchsucht. Große Mengen von Schinken, Speck, Eiern, Obst und Mehl wurden „requiriert". Die Pflanzkartoffeln sind den Leuten fast überall genommen. Die abziehenden Roten riefen den Bauern als Trost zu: „Wir kämpfen auch für Euch, damit Ihr keine Steuern mehr zu zahlen braucht." Besonders fielen unter den Räubern zwei Polen auf, die überhaupt kein Deutsch sprachen. Bei all den Plünderungen spielten auch die sogenannten „Karbolmäuschen" — die weibliche Begleitung der Rotgardisten — eine hervorragende Rolle. Sie hatten in der Regel Säcke oder Schürzen bei sich, in denen sie die geraubten Gegenstände verschwinden ließen. Am Abend wurde dann in Scheunen Quartier gemacht und bis in die späten Nachtstunden hinein wüst gejubelt.

*

Klein Monte-Carlo in Warnemünde.

Aus Mecklenburg, das sich seit der Revolution der Segnungen einer sozialistisch-demokratischen Regierung erfreut, kommt folgende erstaunliche Kunde: Das bekannte Seebad Warnemünde wird in diesem Sommer, einem Bericht des „Rostocker Anzeigers" zufolge, ein Kasino eröffnen, das der Mittelpunkt eines „großzügigen" gesellschaftlichen Badelebens werden soll. Neben Tanzfestlichkeiten und sportlichen Veranstaltungen soll den Mitgliedern des Kasinovereins auch Gelegenheit gegeben werden, Roulette und Bakkarat zu spielen. Die nach dem Reichsgesetz vom 23. Dezember 1919 erforderliche Erlaubnis zum Veranstalten von Glücksspielen hat das mecklenburgische Staatsministerium bereits erteilt. Eine umfangreiche behördliche Kontrolle ist vorgesehen und der größte Teil der Bruttoeinnahmen wird an den mecklenburgischen Staat abgeführt werden. Bei den eingehenden Beratungen, die stattgefunden haben, seien nach der oben genannten Quelle auch die moralischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden, die gegen das Glücksspiel überhaupt ins Feld geführt werden können. Maßgebend seien jedoch Zweckmäßigkeitserwägungen gewesen. Der Spieltrieb sei eine Lebenserscheinung, die sich, wie andere menschliche Eigenschaften, z. B. der Hang zum Alkohol, nicht ausrotten lassen. Es gelte also, eine Lebenserscheinung, mit der man rechnen müsse, wieder in geordnete Bahnen zu lenken (!) und gleichzeitig die beim Spiel umgesetzten Werte der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Durch ein besonderes Annahmeverfahren und hohe Mitgliederbeiträge soll, entsprechend den demokratischen Grundsätzen, der minderbemittelten Bevölkerung der Zutritt zum Kasino unmöglich gemacht werden.

*

Für nachdenkliche Gemüter.

Im Sommer 1918 wurde ins deutsche Heer ein Gedichtbüchlein eingeschmuggelt, das den Titel „Sturmläuten" führte und die schwarz-rot-goldenen Farben auf dem Umschlag zeigte. Siegfried Balder nannte sich der „Dichter". Eins seiner Machwerke lautete:

An England.

Wollt ihr uns von außen zwingen?
Nur von innen kann's gelingen,
Eine Welt mag uns bekriegen —
Wir nur können uns besiegen.
Dieser Sieg, das wird uns trösten,
Ist der Sieg der Stärksten, Größten!

Diesen von Herrn Balder damals ersehnten Sieg nannte Hindenburg den „Dolchstoß von hinten". Wohin uns dieser „Sieg" geführt hat, erkennen wir von Tag zu Tag mehr.

Aus der Partei.

Bemerkenswerte Wahlergebnisse.

Wie wir der „Vossischen Zeitung" entnehmen, entfielen bei der Wahl zu den pfälzischen Kreistagen auf die verschiedenen Parteien die folgenden Stimmenziffern, denen zum Vergleich die Ergebnisse der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung beigefügt sind: Deutsche demokratische Partei 33 613 (59 417), Deutsche Volkspartei und der Bund der Landwirte 98 835 (88 352), Zentrumspartei 92 804 (124 207), Mehrheitssozialisten 95 511 (170 216), U. S. P. 35 712 (7229). Im ganzen wurden abgegeben 356 465 (449 421) Stimmen. Auffallend ist, wie die „Vossische Zeitung" selbst bemerkt, der Rückgang der Mehrheitsparteien und das starke Anwachsen der radikalen Linken. Auch die Deutsche Volkspartei hat unter Berücksichtigung des allgemeinen Stimmenrückgangs bei den Wahlen außerordentlich gut abgeschnitten. Sie hat ihren prozentualen Anteil von 19,7 auf 37,7 erhöht, also fast verdoppelt. Das Wahlergebnis läßt auf die kommenden Reichstagswahlen interessante Rückschlüsse zu.

*

Freiherr von Lersner kandidiert für die Deutsche Volkspartei.

Der Vorstand des Wahlkreisverbandes Leipzig der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, für die kommenden Reichstagswahlen an erster Stelle Herrn v. Lersner, den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Friedenskommission in Versailles, bekannt durch seine mannhafte Haltung gegenüber den Ententeforderungen, aufzustellen.

*

Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung war in den gastlichen Räumen ihres Mitgliedes, des Abg. Prof. Dr. Kahl, zu einem geselligen Beisammensein vereinigt, das sich angesichts der bevorstehenden Auflösung der Nationalversammlung zu einer Abschiedsfeier gestaltete. Nach den Begrüßungsworten, die Abg. Dr. Kahl seinen Kollegen widmete, warf der Fraktionsvorsitzende, Abg. Dr. Heinze einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit der Fraktion in der Nati-

nalversammlung. Er hob hervor, daß die Deutsche Volkspartei aus der bewußten Absicht geboren worden sei, ein Bollwerk gegen die Revolution und die revolutionäre Strömung aufzurichten, daß sie sich dieser ihrer Entstehung entsprechend als Schützerin der ehrlichen und treuen aufbauenden Arbeit und ihrer Früchte gegen die zerstörenden Einflüsse und Wirkungen der Revolution gefühlt und nach Kräften betätigt habe. So habe die Deutsche Volkspartei den Kampf geführt gegen die Ideenlosigkeit und Kulturfeindschaft einer Revolution, als deren Kernpunkt sich immer deutlicher das Verlangen nach Lohnerhöhung und der Streik enthüllt habe. In der Führung dieses Kampfes habe die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung weit über ihre begrenzte Zahl hinaus Bedeutung gewonnen und nach rechts und links Anziehungskraft ausgeübt. Abg. Dr. Heinze hob hervor, daß man durch eine solche Kampfgemeinschaft fürs Leben verbunden sei, und daß deshalb auch von einer Trennung trotz Auflösung der Nationalversammlung keine Rede sein könne. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in der neuen verstärkten Fraktion der Deutschen Volkspartei im künftigen Reichstag sich die Mitglieder der alten Fraktion wieder zusammenfinden würden. Abg. Dr. Becker sprach unter lebhaftem Beifall dem Abgeordneten Dr. Heinze den Dank für die meisterhafte Art aus, in der er es verstanden habe, die Fraktion zu einer einheitlichen und fest geschlossenen Kampfgemeinschaft zu bilden und sie im Parlament zu vertreten. Abg. Dr. Stresemann widmete dem Abg. Dr. Kahl Worte herzlichsten Dankes, die von wärmsten Gefühl durchdrungen und von sonnigem Humor umspielt waren. Er feierte den Fraktionssenior unter dem Hinweis auf den Ausspruch, den ein nicht der Partei zugehöriges Blatt einmal gebraucht hat, als das gute, nationale Gewissen des deutschen Volkes, und wies in diesem Sinne auf die symbolische Bedeutung der Tatsache hin, daß Dr. Kahl, der treue Hüter des Reichsgedankens, in Berlin und in München für die künftigen Reichstagswahlen als erster auf die Liste der Deutschen Volkspartei gestellt sei. Dr. Stresemann gab unter lebhafter Zustimmung der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Kahl der Arbeit für Partei und Vaterland noch lange erhalten bleiben möge.

*

Keine Fahrpreisermäßigung für den Friedhofsbesuch.

Auf eine entsprechende kleine Anfrage der Abgeordneten Garnich, Hollmann, Held und Genossen hat die preußische Staatsregierung geantwortet, daß die Frage der Gewährung ermäßigter Fahrpreise für Zwecke des Friedhofsbesuches nicht allein für Berlin, sondern allgemein für solche Großstädte geregelt werden müßte, wo die Verhältnisse ebenso oder ähnlich wie in Berlin liegen. Der Anregung könne zurzeit nicht näher getreten werden. Den Berlinern kämen die außerordentlich niedrigen Fahrpreise der Stadt-, Ring- und Vorortbahn zugute. Ob und in welchem Ausmaße noch Vorortbetrieb zu herabgesetzten Fahrpreisen bei anderen, von Berlin ausgehenden Bahnstrecken eingeführt und auf welchen Strecken der bereits vorhandene Vorortbetrieb weiter ausgedehnt werden kann, werde zurzeit geprüft.

*

Die Notlage der Beamten- und Lehrerschaft.

Die Abgeordneten Meyer-Herford und Dr. Goerck und Genossen haben folgenden Antrag bei der Preußischen Landesversammlung eingebracht: „Die Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen: Zur Linderung der infolge der Verzögerung und Verabschiedung der Besoldungsvorlage und der fortgesetzt steigenden Teuerung immer größer werdenden Notlage der Beamten- und Lehrerschaft 1. den planmäßigen Lehrern und Beamten, Lehrerinnen und Beamtinnen einen Vorschuß von 1200 Mark zu gewähren und sobald als irgend möglich auszahlen zu lassen, 2. den Beamten und Lehrern, welche Kinderbeihilfen erhalten, den Vorschuß für jedes Kind um 150 Mark zu erhöhen, 3. den außerplanmäßigen Beamten, Lohnangestellten höherer Ordnung und Lohnempfängern ebenfalls ausreichend höhere Vorschüsse bis zu denselben Beträgen zahlen zu lassen, 4. diesen Vorschuß auf die zukünftigen Gehaltssätze nur in kleinen vierteljährlichen oder monatlichen Raten abzurechnen.

*

Beamtenbesoldung und Partei.

In einem Artikel, der auch in der letzten Nummer des „Beobachter" veröffentlicht war, hat der Abg. Winnefeld mitgeteilt, ein Schaffner im D-Zuge Köln—Berlin habe ihm erzählt, daß die Organisation der Lokomotivführer habe 50 000 ℳ bezahlen müssen, um zu erreichen, in der Besoldungsordnung eine Klasse höher zu kommen. Wegen dieser Miteilung hat sich die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer an den Abg. Winnefeld gewandt und von diesem folgende Erklärung erhalten:

Am 16. 4. 1920 ist meinerseits in der Nationalliberalen Korrespondenz ein Artikel gebracht worden, der sich mit der vorliegenden Besoldungsordnung beschäftigte. Ich habe hier besonders auf die heutigen Parteiverhältnisse Rücksicht genommen und besonders darauf hingewiesen, daß das heutige System den Beamten von Fall zu Fall den größten Gefahren aussetze. Am Schlusse dieses Artikels hatte ich darauf hingewiesen, daß mir am 26. März d. Js. im D-Zuge 10, Fahrt Köln—Berlin, von einem Schaffner die Mitteilung gemacht worden sei, daß von dem Lokomotivführerverbande für seine Interessenvertretung bei der Beamtenbesoldung an eine bestimmte Parteigruppe der Betrag von 50 000 ℳ gezahlt worden sei. Nach persönlichen Verhandlungen mit Vertretern des Vorstandes der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer habe ich folgende Ueberzeugung gewonnen und gebe demgemäß folgende Erklärung ab:

Die von mir geübte Kritik war nicht gegen den Lokomotivführerverband als solchen gerichtet, sondern sie war aus ehrlicher Ueberzeugung geboren, um die Beamtenschaft im allgemeinen gegen Partei-Mißbrauch zu schützen. Nach den bestimmten Erklärungen der vorgenannten Herren ist die Annahme berechtigt, daß die mir gemachte Mitteilung bezüglich der Hergabe von 50 000 ℳ an eine bestimmte Partei nicht den Tatsachen entspricht.

Winnefeld, Abgeordneter.

*

Frauen im Reichswirtschaftsrat.

Die Notwendigkeit einer ausreichenden Vertretung der Frauen im Reichswirtschaftsrat wurde auf der Reichsfrauentagung unserer Partei hervorgehoben und erörtert. Wie wir erfahren, hat der Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine bereits eine diesbezügliche Eingabe an die Nationalversammlung gerichtet, in der ersucht wird, unter den Vertretern der Produzenten, wie der Konsumenten, die Frauen ausreichend zu berücksichtigen. Der Bund geht hierbei von den Gesichtspunkten aus, daß auch die Hauswirtschaft zu den erzeugenden Berufen gehört und als solcher im Reichswirtschaftsrat vertreten sein muß. Beantragt wurde die Bildung einer Gruppe „Vertreter der Hauswirtschaft", in die sechs Vertreterinnen der Hausfrauen und sechs Vertreterinnen der Hausangestellten zu wählen seien. Ebenso wird eine vermehrte Heranziehung der Frauen zu der Gruppe „Konsumenten" verlangt im Hinblick darauf, daß die Frauen innerhalb der Ordnung und der Leitung des Güterverbrauchs die wichtigste Rolle spielen. Der Unterausschuß zur Bildung des provisorischen Reichswirtschaftsrats hat darauf beschlossen, daß unter den 30 Vertretern der Verbraucherschaft zwei Vertreter der Hausfrauen, zu benennen vom Verband Deutscher Hausfrauenvereine, und zwei Vertreter der Hausangestellten, davon eine zu benennen vom Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, in den Reichswirtschaftsrat zu entsenden sind. Wenn hiermit auch nur ein Teil der vom Bund Deutscher Frauenvereine aufgestellten Forderungen erfüllt wurde und die Hinzuziehung von Hausfrauen in die Produzentengruppen bisher noch nicht erfolgte, so ist doch anzunehmen, daß es den maßgebenden Organisationen gelingen wird, auch in diesen Gruppen den Hausfrauen eine ihrer Zahl und der volkswirtschaftlichen Bedeutung ihrer Tätigkeit entsprechende Vertretung zu sichern.

Die dahinzielenden Bemühungen der Organisationen müssen jedoch von der Gesamtheit der Frauen unterstützt werden. Es wäre daher wünschenswert, auch diese, sowohl wirtschaftlich, als im Hinblick auf den Ausbau der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, wichtige Forderung in Vorträgen und Versammlungen weiteren Frauenkreisen nahe zu bringen; eine Aufgabe, die auch während der Wahlpropaganda erfüllt werden kann.

*

Siegen. In seiner Nr. 101 beschwert sich das „Volk" darüber, daß der Abonnentensammler des „Beobachter" Leser zu gewinnen suche unter dem Vorgeben, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei bildeten eine „Einheit" und der „Beobachter" sei das Blatt beider Parteien. Wir haben nicht feststellen können, ob der betreffende Herr wirklich in dieser Weise für den „Beobachter" geworben hat; er selbst bestreitet das auf das lebhafteste und versichert, nur darauf hingewiesen zu haben, daß die beiden Parteien viel Gemeinsames haben und daß ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei daher auch das Organ der Deutschen Volkspartei lesen könne. Jedenfalls legen auch wir Wert auf die Feststellung, daß beide Parteien keineswegs eine „Einheit" darstellen, und daß wir bleiben wollen, was wir sind, die „Deutsche Volkspartei", die nach jeder Richtung hin selbständig dasteht und als solche auch mit berechtigten Hoffnungen und den besten Aussichten in den Wahlkampf zieht.

*

Die Bezirksgruppe Siegen-Nord der Deutschen Volkspartei hatte am Donnerstag, dem 29. April, die Mitglieder und Freunde der Partei im Saale des Herrn Becker, Sieghütte, zu einem Vortragsabend eingeladen. Der Besuch war außerordentlich zahlreich. Herr Lehrer und Stadtverordneter Friedrich eröffnete die Versammlung. Herr Klingspor, der 1. Vorsitzende des Bez.-Vereins, sprach über die Ziele der Deutschen Volkspartei. Die überaus interessanten Ausführungen des Herrn Vortragenden fanden großen und allgemeinen Beifall. Den zweiten Teil des Abends bildete ein Vortrag des Herrn Steinhaus über „Wilhelm Busch" mit Lichtbildern, auch dieser fand ungeteilten Beifall. — Anschließend daran wurden noch musikalische Darbietungen gegeben von den Damen Frl. Ebener und Frl. Jochum. So fand auch diese Veranstaltung die Zustimmung aller Anwesenden.

*

Bei Hurnsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klingspor, 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Deutsche Volkspartei

Bezirksverein für das Amt Ferndorf.

Oeffentl. Wahlversammlung

Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr
in Krombach (Wirtschaft Hambloch)
Samstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr
in Littfeld (Wirtschaft Flender)

Herr Geschäftsführer Nitschke spricht in beiden Versammlungen über den

Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.

Deutsche Volkspartei

Bezirksverein für das Amt Ferndorf.

Oeffentl. Wahlversammlung

Montag, den 10. Mai, abends 8 Uhr
in Ferndorf (Wirtschaft Rottmann)

Der Vorsitzende des Kreisvereins der D. V. P. für den Kreis Siegen, Herr Fabrikant Hermann Klingspor, spricht über:

Der Arbeiter und die Arbeitsgemeinschaft.

Remonteankauf für 1920.

1. Zum Ankauf dreijähriger, vorkommendenfalls auch vierjähriger Remonten soll in diesem Jahre im Regierungsbezirk **Arnsberg** der nachbezeichnete öffentliche Markt abgehalten werden:
am 14. Mai, 10 Uhr vormittags, **Lippstadt.**

2. Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Quittung mittels Scheck bezahlt.

3. Pferde mit Hauptmängeln, die gesetzlich den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgleichen Pferde, die sich während der ersten 45 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Remonteamt usw. als Kloppengste erweisen. Die gesetzmäßige Gewährfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 38 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Remonteamt verlängert.

4. Zur Anzeige eines Hauptmangels an den Verkäufer nach § 485 B. G. B. ist nicht nur die Remontierungskommission berechtigt, die den Kauf abgeschlossen hat, sondern auch das Remonteamt oder der Truppenteil usw., bei dem sich das bemängelte Pferd befindet.

5. Verkäufer, die Pferde vorführen, die ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

6. Der Verkäufer hat jedem verkauften Pferde eine Trense mit glattem starkem, einfach gebrochenem Gebiß (keine Knebeltrense) und eine dauerhafte Kopfhalfter mit zwei mindestens 2 Meter langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.

7. Der Verkäufer ist verpflichtet, bei der Verladung der verkauften Pferde der Remontierungskommission behilflich zu sein.

8. Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- und Füllenscheine mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzrübe nicht zu verkürzen.

9. Vorstehende Ankaufsbedingungen gelten auch für nicht öffentliche Märkte.

Berlin, den 31. März 1920.

Reichsschatzministerium.

Für Architekten und Bauunternehmer.

Verkaufe gegen sofortige Kasse folgende Bürogegenstände:

1 Zeichenschrank 140/70/230, 1 Schrank 225/45/110, 1 Tisch 240/110, 1 Schreibmaschinentisch, 4 Stühle, 1 Lichtpausapparat Arcus mit 8 Zinkbüchsen, 1 Taschen-Nivellierinstrument, 16 Pikettstäbe, 2 Meterlatten, Maßband 20 m, Winkelspiegel, Rechenmaschine (System Thales), Reißbretter, Reißschienen, Winkel, Maßstäbe, diverse Zeichenpapiere, kleinere Gegenstände und Werke. (†339

Paul Krämer, Architekt
Wissen (Sieg), Gartenstraße 10.

Fahrberette, gut durchrepariert (†714

3–5 To. Lastkraftwagen

preiswert zu verkaufen.

Westdeutsche Kraftfahrzeug-Ges. m. b. H.,
Elberfeld, Berlinerstr. 10, a. d. Haspelerbrücke.
Telephon 4932 und 4972.

Kaisergarten Weinstube

Inhaber: **Herm. Keßler**

Jed. Dienstag, Donnerstag und Samstag, nachmittags 4—6½ Uhr

Großes Tee-Kaffee-Konzert

der

Solisten-Kapelle Gebr. Franke

Solo-Vorträge, klassische und moderne Musik.

Eintritt frei
Kein Weinzwang.

Angenehmer Familienaufenthalt.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Herren-, Damen- und Kinderstiefel

Anfertigung nach Maß.

Reparaturen werden sauber ausgeführt.

W. Schmidt Nachfolger
Inh. **Karl Pfeiffer**
Siegen, Kirchweg 3.
Telephon Nr. 1002.

Lohrindenverkauf.

Die **Staatsoberförsterei Kirchen** (Sieg) verkauft **Freitag, den 14. d. M., vorm. 10 Uhr,** im **Hotel „Deutsches Haus"** zu **Betzdorf** öffentlich meistbietend (§646

250 Ztr. Eichengerbrinde

zur Selbstwerbung durch den Käufer.

Empfehle mich im

Waschen u. Bügeln

in allen vorkommenden Arbeiten als wie in Herren-Stärke- und Leibwäsche. Sämtliche Aufträge werden innerhalb sechs Tagen prompt erledigt.

J. Reineck, Unterhainweg 18.

Automobile

alle Typen

Vergaser, Magnete,
auch einzelne Teile

Zündkerzen
— neu und gebraucht —
kaufen ständig

Gebr. Lottes
Autowerkstätte
Siegen.

Offeriere einen Waggon

Bohnenstangen

und erbitte Angebot. (†117

Witwe Chr. Duchardt
Laasphe.

Siegener Krieger-Verein.

Vom 3.—9. Mai:
Aufführungen des historischen Festspiels in 4 Bildern

„Vor hundert Jahren"

von **J. Vorlaender,** weiland Pfarrer in Siegen.
Es wirken etwa 100 Darstellerinnen und Darsteller mit.

Vorverkauf der Eintrittskarten
bei Rühling, Bahnhofstraße, Karl Thielmann, Marburger Straße 4, Buchhandlung Montanus, Kölner Tor (Ecke Sandstr.)

Preise der Plätze:
1. Rang M. 7.—, Sperrsitz M. 6.50, 1. Platz und 1. Rang (zweite Reihe) M. 5.—, 2. Platz M. 4.—, 2. Rang und Gallerie M. 3.—, sämtliche Preise einschließlich eines ausführlichen Theaterzettels.

Der Reinertrag ist bestimmt zum Besten der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge sowie für bedürftige Mitglieder und Mitglieder-Witwen des Siegener Kriegervereins.

Deutsche Volkspartei

Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**
Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.

Sämtliche Reparaturen

an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen**

werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. |253

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Zur Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen

für Export wird leistungsfähige

Fabrik

gesucht, welche imstande ist, **Maschinenteile aus Guß, Blech** und **Stahl herzustellen und diese zu bearbeiten.** |270

Schriftl. Anerbieten unter C. P. R. 403 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Für eine größere Stahlgießerei wird ein tüchtiger, energischer |§14

Formermeister

gesucht, der namentlich reiche Erfahrung in der Herstellung von schweren Stahlgußstücken besitzt.

Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, Gehaltsansprüchen und des frühesten Eintrittstermines unter **E. L. 556** an **Ala — Haasenstein & Vogler, Essen.**